

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: H. Woffe, Haafenstein & Vogler, G. L. Daube, Anwaltsbamt. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Eberfeld W. Thienes. Greifswald G. Mies. Halle a. S. Zul. Bard & Co. Hamburg Joh. Nothbaar, A. Steiner, William Wilsens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Feinr. Eisler. Copenhagen Aug. F. Wolff & Co.

Staatssekretär Dr. von Stephan ist heute Nacht 1/21 Uhr sanft ohne Todeskampf verschieden.

Das Befinden des Staatssekretärs Dr. von Stephan hatte sich gestern Nachmittag wieder bessert. Abends um 9 Uhr fuhr Geheimrath Professor v. Bergmann zum vierten Male beim Reichspostamt vor und hinterließ nach etwa halbstündigem Besuch folgenden Krankenbericht: „Die Kräfte des Kranken haben sich nicht gehoben, der Zustand ist nahezu hoffnungslos. v. Bergmann.“ Kurz vor 11 Uhr erschien dann ein Assistenzarzt des Professors, der geraume Zeit im Krankenzimmer verweilte, indeß einen Krankenbericht nicht mehr schrieb. Die Kunde von der Verschlimmerung des Zustandes muß sich schnell verbreitet haben, denn nach und nach kamen Personen, die sich nach dem Befinden des Patienten erkundigen wollten. Sie standen bis nach Mitternacht vor dem Reichspostamt, es wurde indeß niemand mehr vorgelassen.

Nach den hoffnungslosen Nachrichten der letzten Tage konnte diese Todesbotschaft kaum überraschen, dieselbe wird aber trotzdem in ganz Deutschland und darüber hinaus auf das schmerzliche berühren, denn das erfolgreiche Wirken gehörte nicht dem Vaterlande allein, sondern es war auch dem allgemeinen Weltverkehr gewidmet. In Pommern wird der Tod besonders betrauert werden, denn der Verstorbene war ein Sohn unserer Provinz. Heinrich Stephan wurde am 7. Januar 1831 zu Stolp als der Sohn eines Handwerkers geboren, derselbe genoss er Gymnasialbildung und ging sodann zum Postfach über, welchem er später ein Reformorganisateur wurde. Im Jahre 1856 wurde er in das Generalpostamt zu Berlin berufen, 1858 zum Postfach, 1863 zum Oberpostfach befördert. Er arbeitete nun eine neue Dienstanzweisung für die Oberpostdirektion aus, ein Dienstpensendum von hohem technischen Werte, und wurde 1865 zum Geh. Postfach und vortragenden Rath, 1868 zum Geh. Oberpostfach ernannt. Auf dem Gebiete der internationalen Postverwaltung war er

Postreformen gelang es ihm, den Ideen von der Wichtigkeit der Post als eines Hebels der Kultur bei den ihm übertragenen internationalen Vertragsgeschäften Geltung zu verschaffen und den Verkehr der Stationen unter einander von den Gefahren der Falschheit zu befreien. Stephens glänzendste Leistung auf diesem Felde war die Uebereinigung desTURN und LARSEN'schen Postwesens an die Krone Preußens durch den Staatsvertrag am 28. Januar 1867. Am 26. April 1870 wurde er zum Generalpostdirector des deutschen Bundes ernannt. Noch mit der Reform des Bundespostwesens, namentlich mit der Durchführung des Einheitsposts u. s. w. beschäftigt, mußte Stephan zunächst alle inneren Aufgaben zurückstellen und die Organisation der norddeutschen Selbstpost im deutsch-französischen Kriege ins Werk setzen. Als noch Errichtung des deutschen Reiches die norddeutschen Postinstitute zur deutschen Reichspost verschmolzen waren, wurde Stephan zum Generalpostmeister des deutschen Reiches und 1880 zum Staatssekretär des Reichspostamts ernannt und begann nun das Werk der Verschmelzung so zahlreicher, eigenartig eingerichteter Territorialposten durch Einführung einer einheitlichen Postgesetzgebung. Er führte außerdem den einheitlichen Tarif für Pakete durch, schuf das neue Verkehrsmittel der Postkarten, die Postamtsweisungen und Postmandate, sowie die für den literarischen Verkehr wichtige Bücherei und auch eine Reihe erheblicher Erleichterungen des Postverkehrs ins Leben. Erfolgreich waren ferner die Bemühungen Stephan's zur Hebung der geistigen Volksfahrt der Beamten, sein bedeutendes Werk aber ist die Gründung des Telegraphenvereins. 1875 übernahm er auch die Telegraphenverwaltung des Reichs und vereinigte sie mit den Betriebsanstalten der Reichspost, was eine ganz erhebliche Vermehrung der deutschen Telegraphenanstalten zur Folge hatte. In den folgenden Jahren lieferte die Verwaltung unter Stephan's Leitung über 300 Millionen Mark an das Reich ab, dabei aber waren fort und fort wichtige Verkehrsvereinfachungen und Reformen ins Werk gesetzt worden. Die Zahl der Postanstalten, die 1872 nur 5755 betrug, wurde bis 1893 auf 29 612 erhöht, die Zahl der Telegraphenanstalten von 1691 auf 19 384, die Zahl der Landbriefträger von 10 000 auf 250 000 gebracht, von denen viele mit Fuhrwerk ausgerüstet sind. Ferner hat Stephan in wenigen Jahren alle wichtigen Hauptstädte und Handelsstädte des Reichs mit unterirdischen Kabeln verbunden; dazu kommt noch die Einführung des Worttarifs bei Telegrammen, die Errichtung der Rohrpost in Berlin, die Fernsprecheinrichtungen, die Verstellung von gegen 2000 neuen Postgebäuden in allen Theilen des Reichs, die Gründung des Elektrotechnischen Vereins, sowie der höheren Post- und Telegraphenschule, die Verstellung der transatlantischen Reichspostdampferlinien und der postalischen Einrichtungen in den deutschen Kolonien, die Betheiligung der Reichspost bei der Durchführung der Unfall-, Kranken- und Altersversicherung, die Organisation der Reichsdruckerei. 1885 wurde Stephan in den erblichen Adelsstand erhoben und erhielt 1895 den Rang eines Staatsministers. Er war Mitglied des preussischen Herrenhauses und des Staatsraths sowie Donnerstag zur Merseburg. Auch schriftstellerisch hat Stephan eine umfangreiche Thätigkeit entwickelt. In den letzten Jahren hatte derselbe fortgesetzt an Krankheit zu leiden, er hat aber auch in dieser Zeit der Entfaltung des Verkehrs seine volle Aufmerksamkeit geschenkt, wenn er auch von vielen Seiten gemachten Vorschlägen zu Neuerungen nicht mehr nachkam und deshalb manche Angriffe hinnehmen mußte. In Stephan hat das Vaterland einen seiner thatkräftigsten Beamten verloren, in den von ihm geschaffenen Verkehrsanstalten wird sein Andenken immer fortleben.

Einem Telegramm der „Politiken“ aus Athen zufolge scheint die gektzte Manifestation in Athen einen recht unfreundlichen Ausdruck gegen den König gefunden zu haben, als bekannt wurde, daß er nach Balaton gefahren sei, statt in Athen zu bleiben. Mehrere scharfe Schüsse fielen und ein wahrer Steinregen ergoß sich in

der Rache des Schlosses. Im Ministerium sind Zeichen ersichtlicher Differenzen vorhanden. Der Kriegsminister Melagaz und der Marineminister Levides fordern die sofortige Kriegserklärung, Delhannits und der König sind entgegengesetzter Meinung.

Nach Kandia, 7. April, wird gemeldet: Die Griechen, die den Dienstag für einen Unglückstag halten, griffen an diesem Tage nur vereinzelt an, tödteten drei und verwundeten acht Türken. Heute wurde dagegen die ganze Zernierungslinie um Kandia mit Kanonen angegriffen. Es wird gegenwärtig noch heftig gekämpft. Charakteristisch sind die Vorwürfe der Christen gegen die befreundeten Türken, daß diese ungehindert die Landung der Europäer zugelassen haben. Heute Abend brach in unmittelbarer Nähe der Kathedrale Feuer aus, drei Häuser brennen. Italiener und Engländer reißen die umliegenden gefährdeten Gebäude nieder; ein italienisches Kriegsschiff sandte sofort Spritzen und Löschanparate. Die Entstehungsweise ist noch unbekannt.

Am vorgestrigen griechischen Feiertag entstand, wie der Korrespondent des „Berl. Tgl.“ schreibt, in Stambul unweit von dem Brückentopf in Folge eines Wippenstusses, der wahrscheinlich durch Zufall erfolgte, eine momentane Panik; man begann die Geschäfte zu schließen. Die Panik war jedoch bald aus. Der fanatische Enthusiasmus der Griechen nimmt jeden Tag zu. Ich begegnete einem griechischen Arzt, der in Deutschland studirt hat, der behauptete, mit mir nicht mehr deutsch sprechen zu dürfen. „Wir gehören“, sagte er, „einer christlichen Nation an, die sich respektiren läßt, selbst von den großen Mächten!“ Das Gerücht nämlich von den letzten Greusen in Aetia, wo die Insurgenten die Soldaten der Mäcche überfallen haben sollen, wird hier bestätigt. Die Griechen setzen auf die Köpfe von hauptsächlich russischen Gefangenen türkische Mützen und amüsierten sich dabei. In Folge dieser Nachrichten glaubt man, daß jetzt die Großmächte sich vollständig verständigen werden, um ihr Prestige bei den Griechen wieder herzustellen.

Der Kaiser hat, wie der „Donner General-anzeiger“ meldet, dem General-Verstern der Kavallerie, **Freiherrn v. Loß**, anlässlich dessen fünfzigjährigen Dienstjubiläums den Stern und das Großkreuz der Komthure des Hohenzollernschen Hausordens und ein Bildniß des Kaisers Wilhelm I. überreicht. Der Großherzog von Baden verlieh dem Jubilar den Stern und das Kreuz der Großkomthure des Hausordens der Treue. Die Stadt Bonn ernannte den Jubilar zum Ehrenbürger, die juristische Fakultät der Universität ernannte ihn zum Ehrendoctor. — In dem Befinden des **Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin** ist, wie der „Medl. Nachr.“ aus Gammes vom 6. d. M. gemeldet wird, eine wesentliche Veränderung nicht eingetreten. Die Nacht vom 5. zum 6. war weniger unruhig, die asthmatischen Beschwerden waren etwas geringer. — Dem Staatssekretär des Auswärtigen **Ans Freiherrn v. Marschall** ist von der Königin-Regentin von Spanien das Großkreuz des Ordens Karls III. verliehen worden. — Wie der „Stf. Ztg.“ aus **Griech** aus zuverlässiger Quelle gemeldet wird, hat der Fürst Neß ältere Linie unmittelbar nach seiner Rückkehr dorthin ein Schreiben an den Kaiser gerichtet, worin er sein lebhaftes Bedauern über die **Einziehung einer preussischen Fahne** am Tage der Hundertjahrfeier ausdrückt und anzeigt, daß der schuldige Beamte sofort seiner Stellung entbunden worden sei. Nach einer Bekanntmachung der Regierung von Neß a. R. ist an Stelle des Regierungsassessors Freiherrn von Uslar-Gleichen, der von der Stellvertretung des beurlaubten Landrats entbunden wurde, der Regierungsrath **Comman** zur Stellvertretung des Landrats berufen worden. — Das Präsidium für das **Deutsche Hundertjahr-Sportfest** hat nunmehr die Reihenfolge der Tage verort festgesetzt, daß Donnerstag, 17. Juni, der Pferdesport, Sonnabend, 19. Juni, der Waffersport und Sonntag, 20. Juni, der Landспорт ihre Wettkämpfe veranstalten werden. — Der gemeinschaftliche Landtag zu Gotha lebte in seiner gefürzten Sitzung den Antrag **Arnold** auf **Einführung des Reichswahlrechts** mit einer Stimme Majorität ab, nahm dagegen die Verfürzung der Sitzperioden an. — In dem Dorfe **Glinzig** bei **Kottbus** ist am 1. d. M. der Lehrer der Gemeinde, Herr **Kruege**, in den wohlverdienten Ruhestand getreten. Der jetzt bald **achtzig-jährige** Landtag hat nicht weniger denn **61 Jahre 5 Monate** der **Glinziger** Schule vorgestanden, so daß in dem ganzen Orte, selbst unter den älteren Leuten, fast keine einzige Person ist, die nicht dem Jubilar ihre Schulbildung verdankte.

Berlin, 8. April. Das „Wolffsche Tel.-Bl.“ verjendet folgende Erklärung:

„Am unbegründeten Kombinationen vorzubeugen, theilen wir mit, daß die von uns am 1. April verbreitete Meldung über ein Glückwunschs-Telegramm Sr. Majestät des Kaisers an den Fürsten Bismarck aus von Herrn Hofrath Otto de Grahl mit dem Bemerkten schriftlich übermittlest wurde, er habe die Nachricht nicht für den Hofbericht erhalten, sie sei aber durchaus zutreffend. Auf wiederholte Anfrage hat uns Herr de Grahl noch am Abend des 3. April brieflich die Richtigkeit dieser Nachricht bestätigt. Erst am Sonntag, den 4. April früh, erfuhren wir aus mehreren Wittern, daß wir getäuscht waren.“

Herr Otto de Grahl ist, wie erinnere ich, im Dienste des „W. T. B.“, auch der Verbreiter der Meldung über den falschen Zarentrostpruch gewesen, der im Prozeß Ledebur-Bisgow eine Rolle gespielt hat.

— Der Vorstand der deutschsozialen Reformpartei hat über die Haltung bei den Wahlen einen Beschluß gefaßt, der sich in der Praxis gegen die konservative Partei richtet und dem bisherigen von der konservativen Presse vielfach beklagten Verhalten der Antisemiten entspricht. Der Beschluß, der zugleich die unter der Firma Gange auftretenden und andere Kartellbestrebungen zurückweist, lautet:

„Die allgemeine politische Lage macht es der deutschsozialen Reformpartei zur Pflicht, in allen Wahlkreisen, in denen sie genügend organisiert ist, mit eigenen Kandidaten vorzugehen. Irrend welche Parteivorhänge, unter welchem Namen sie auch immer auftreten mögen, sind für die Partei unannehmbar. Der Vorstand verkündet nicht, daß in einzelnen Wahlkreisen besondere Verhältnisse das Zusammengehen mit anderen Parteien geboten erscheinen lassen können. Darüber werden aber die Gesinnungsgeoffenen des einzelnen Wahlkreises von Fall zu Fall selbstständig zu entscheiden haben, es bedarf dafür keines allgemeinen Parteials.“

— Nach dem Vorgange der Provinzen Pommern und Sachsen geht man auch in der Provinz Westpreußen mit der Einrichtung von Kornhäusern vor. Jüngst ist in Peplin unweit Danzig eine bezugsfähige Genossenschaft gegründet und der Grundstein zu einem Silo gelegt worden, welcher bereits zu Beginn der nächsten Ernte betriebsfähig sein soll.

— Die Ausführungsbestimmungen zum Lehrerbesoldungsgelege sind schon erschienen. An eine vollständige Durchführung des Gesetzes ist noch nicht möglich ist, so werden die Regierungen ermächtigt, den Schulverbänden die bisherigen gesetzlichen Staatsbeiträge und den Lehrern und Lehrerinnen die bisherigen staatlichen Alterszulagen einzuweisen und vorbehaltlich späterer genügender Verrechnung vorläufige weiter zu zahlen. Der Minister nimmt an, daß diese Verrechnungen längstens bis zum 1. October d. J. werden erfolgen können. An eine allgemeine Aufbesserung der Gehälter in den Gemeinden, denen erhöhte Staatsbeiträge ausfließen, denkt der Minister nicht. Er verweist auf die Ausdehnung der staatlichen Alterszulagen im Jahre 1890 und

daß die inangewandten ergerichteten Anstrengungen, die zum Theil sehr erhebliche Aufbesserungen gebracht haben sollen. Insbesondere werde da, wo gegenwärtig schon in der Gewährung von kommunalen Alterszulagen das Dienst Einkommen der Lehrer und Lehrerinnen angemessen gesteuert ist, beansprucht werden können, daß es um den Betrag der in den mittleren und kleinen Schulverbänden gesteigerten Staatsleistungen erhöhe werde. Es dürfe also die aus dem Gefes fließenden Mittel zum Theil zur Verminderung der Gemeindeleistungen verwandt werden. Diese Bestimmung trifft besonders die Lehrer in allen kleinen Städten und in den Landgemeinden der Westprovinzen, die eine der Steigerung der Staatsleistungen entsprechende Aufbesserung sicher erwarten haben. An eine gleichmäßige Aufbesserung aller Gehälter denkt der Minister also nicht. Die örtlichen Verhältnisse sollen in jedem einzelnen Falle ausschlaggebend sein; es können aber innerhalb jedes Regierungsbezirks gewisse Gegenden und Gruppen von Orten, die gleichartige Verhältnisse zeigen, zusammengefaßt werden, wie es 1892 in der Provinz Westfalen geschehen ist. Gleichartige Lehrer und Lehrerinnenstellen in denselben Orten sollen in Zukunft auch ein gleiches Dienst Einkommen erhalten. Bei der Ausführung des Gefes soll das Hauptgewicht auf die Alterszulagen und nicht auf die Grundgehälter gelegt werden. Von den größeren Städten setzt der Minister voraus, daß sie bei der Regelung der Lehrergehälter ohne bestimmende Einwirkung der Schulaufsichtsbehörden allen billigen Ansprüchen von selbst gerecht werden. Soweit dies nicht der Fall sein sollte, werden die Regierungen zum Bericht an den Minister aufgefordert. Für die allein stehenden und ersten Lehrer sollen höhere Gehälter nur da in Aussicht genommen werden, wo dies bisher üblich ist. Die einklassigen Schulen sollen künftig überhaupt nur mit älteren, schon anderwärts bewährten Lehrern besetzt werden. Wo die mit Kirchendienst behafteten Stellen neu reguliert werden, soll die Verfügung über die Abtrennung der niederen Küsterdienste Berücksichtigung finden. Die Entziehung der staatlichen Alterszulagen (§ 7 des Gefes) soll nur erfolgen,

wenn schwerwiegende Gründe vorliegen. Ob es notwendig ist oder sich empfiehlt, von Umordnung dieser den Beteiligten selbst über die gegen seine Dienstföhrung zu erhebenden Ausstellungen zu hören, soll aus der Lage des einzelnen Falles heraus entschieden werden. Zur Stellung eines Antrages auf Entziehung der Mterzuzugung sollten die Ortschulbehörde, der Landrat (1), der Bürgermeister und der Kreisgymnasialinspektor beauftragt sein. Für die Frage, welcher Wohnungsumfang für die Bemessung der Mietzuschüßigung zu Grunde zu legen ist, sollen die bisherigen Normatibbestimmungen maßgebend sein. Den Kessoren und Hauptlehrern ist eine größere Dienstwohnung und auch eine höhere Mietzuschüßigung zu gewähren. In der Berechnung der Adernung und des Brennmaterials soll möglichst nichts geändert werden. Ueber die Umzugskosten sollen noch besondere Bestimmungen ergehen. Alle Hülfselehrer, Unterlehrer, Adjubanten- und Prosektorenstellen sind in ordentliche Lehrstellen umzuwandeln. Damit die Kessregelung im ganzen Staatsgebiet nach einheitlichen Grundfäßen und in angemessener Abstufung sich vollzieht, soll die Kessregelung einer Erörterung in Provinzialkonferenzen unter Mitwirkung von ministeriellen Kommissarien unterzogen werden. Der Minister hofft mit dieser Kessregelung die Gehaltsbewegungen auf absehbare Zeit zum Abschluß zu bringen. Wenn die Regierungen künftig zu der Ueberzeugung kommen, daß in ihren Bezirken allgemeine Aufbesserungen notwendig sind, so soll zunächst ans Ministerium berichtet und der Stand der Besoldung in benachbarten Bezirken berücksichtigt werden.

— Die von den Gebrüdern Denhardt dem Reichstage überreichte Petition um Schadloshaltung für die in der Witt-Angelegenheit ihnen zugefügten Verluste begründet dieses Gesuch in eingehender Weise. Nach ihrer Darlegung erbaten sie seiner Zeit für den Sultan von Witt mit seiner Zustimmung den Schutz des deutschen Reiches und kauften von ihm einen ungefähr 20 deutsche Quadratmeilen messenden Theil seines Landes mit allen ihm daran zukommenden Privat- und Hoheitsrechten, um ihrem Schutzantrage die vom Reichsanzler Fürsten Bismarck als erforderliche bezichnete Grundlage zu geben. Auf diesen Antrag hin wurde am 27. Mai 1885 der Schutz des deutschen Reiches über das Sultanat Witt ausgedehnt. Das deutsche Reich hatte auf diese Weise ein großes werthvolles Schutzegebiet erhalten. Zu den großen Leistungen des Reiches

Theil des Sultanats mit allen dem Sultan
 daran zustehenden Privat- und Hoheitsrechten
 und übernahmen die ihm verbliebenen auf 50
 Jahre zur Ausübung in seinem Namen und
 unter seiner Flagge. Es heißt dann wörtlich
 weiter:

Alle deutschen Unternehmungen gebieten unter dem Schutze des deutschen Reiches und versprechen gute Erfolge. Ganz pikiert aber wurden sie dem Untergange geweiht durch die Folgen des Abkommens, welches Deutschland und Großbritannien am 1. Juli 1890 schlossen, ohne den Sultan von Witu und die im Schutzgebiete Witu ansässigen und interessierten Deutschen zu verständigen. Deutschland zog in Folge des Abkommens seinen Schutz über Witu zum Gunsten von Großbritannien zurück und tauscht hier Benutzung der von uns in Witu erworbenen Rechte dafür die Insel Helgoland ein. Alle unsere Rechte und Befugnisse wurden dadurch der britischen Regierung preisgegeben. Wir stehen nun vor der Thatsache, daß die deutsche Reichsregierung unsere von dem Sultan von Witu erworbenen Rechte zum Eintausch der Insel Helgoland verwertet hat, und daß die britische Regierung seit 6½ Jahren gegen uns eine Forderung einnimmt, die zu allen nationalen und internationalen Rechtsgrundsätzen im schärfsten Widerspruch steht.

Die Krüder Denhardt lagen weiter die Haltung der Reichsregierung in dieser Angelegenheit dar und weisen dann nach, daß dieser die Verpflichtung erwachsen sei, ihnen Schadloshaltung zu gewähren. Sie werden dem Reichstage demnach eine Denkschrift unterbreiten, in der ihre Ansprüche im Einzelnen dargelegt werden sollen. Ihre Ansprüche für die geschädigten Privatredte sollen sich auf rund eine Million Mark belaufen.

Wien, 7. April. Abgeordnetenhaus. Zu dem Antrage Daszynski nimmt Ministerpräsident Graf Badeni das Wort. Er betont, daß die politische Stellung des Potentlubs sowie dessen gemäßigtes, das Staatsinteresse wahrendes Verhalten subversiven Elementen stets ein Dorn im Auge gewesen sei; er habe die Vorfälle, von denen der Antragsteller spreche, sofort unterzucht lassen; dabei hätten sich die bezüglichen Nachrichten der Zeitungen als unrichtig herausgestellt. Graf Badeni verliest den Bericht des Statthalters von Galizien, aus welchem hervorgeht, daß die radikalen Elemente in Ost-Galizien seit mehreren eine sehr leidenschaftliche Thätigkeit entwidelt. Anßich der Reichsrathswahl seien unrichtige Darstellungen der geistlichen Bestimmungen verthilt worden, was zur Folge hatte, daß an die Wahlleiter unbegründete Forderungen gestellt und bei Nichtberücksichtigung derselben Gewaltthätigkeiten verübt wurden. Dadurch sei die ruhige rutenische Bevölkerung zu bedauerlichen Ausschreitungen verleitet worden. Die Regierung habe in dem während der Wahlkampagne herrschenden Zustande der Gärung mit wahrhafter Selbstverleugnung, oft mit persönlicher Gefahr ihre Pflicht erfüllt. Nach Verlesung des Berichtes erklärt Graf Badeni unter Gremorot, daß er bei seiner kürzlichen Anwesenheit in Lemberg den Bezirkshauptleuten keinerlei Abhalsungen theilt habe. Der Ministerpräsident verlas weiterhin ausführliche Berichte über die Wahlgänge in zahlreichen galizischen Gemeinden, darunter Davidow, und erklärte, Manchem wäre es sogar unerwünscht gekommen, wenn seine Ausschreitungen stattgefunden hätten; er habe gar nicht die Absicht, irgend etwas zu verheimlichen, er werde im Gegentheil das ganze Material dem Legitationsausschuß zur Verfüug stellen; er habe das aufrichtige Bestreben, allen diesen Geschichten und Nachrichten ein Ende zu machen, damit sich die Öffentlichkeit überzeuge, um was es sich hier eigentlich handle. (Lebhafter Beifall und Vändelfachen.) — Die Debatte wird morgen fortgesetzt.

Peft, 2. April. Unter Vorſitz des Fürſtprimas Bakaſzy fand heute eine Biſchofskonferenz ſtatt, welche einen Ausſchuß von fünf Mitgliedern wählte behufs Feſtſtellung der geiſtlichen Zugewinnungen. Bezüglich der Frage der Autonomie der Katholiſten ſprach ſich die Konferenz dahin aus, daß ſie dem Vorſchlage des Kultusministers, einen Kongreß zur Verabreichung der Frage wegen der Autonomie im nächſten Herbſte einzuberufen, beitrete. Die Konferenz habe ſich jedoch nicht verſchiedt, daß eine katholiſche Autonomie Gefahren für die Hierarchie des Epiſkopates erzeugen könne. Der Epiſkopat werde die Autonomie nur genehmigen, wenn dieſelbe kanoniſchen Geſetze entſpreche.

Die zweite holländische Kammer nahm mit 63 gegen 7 Stimmen den Vertrag mit Deutschland betreffend die Schiffsahrtseinrichtungen auf Vorkum und an der Unter-Ems an. Der Minister des Aeußern wies ausdrücklich auf eine Erklärung der deutschen Regierung hin, daß spätestens 1899 bis 1900 mit dem Kanalbau zwischen Almelo und Norderhorn begonnen werden sollte.

London 7. April. Das Unterhaus nahm mit 160 gegen 91 Stimmen die zweite Lesung der Vorlage an, nach welcher vom Auslande eingeführtes Fleisch und ausländischer Käse obligatorisch unter Androhung von Geldstrafen als auswärtige war begünstigt sind. Im Laufe der Debatte erklärte der Landwirtschaftsminister Long, er billige das Prinzip der Bill, deren Einzelheiten jedoch einem Sonderausschuß überweisen werden müßten. Die Vorlage wurde schließlich einem Sonderausschuß überwiesen.

Die geirigte Wiedung des Blattes „Daily Mail“, daß der Spruch des in Bern tagenden Schiedsgerichts über die zwischen England und Portugal schwebende Streiffrage bezüglich der Delagoa-Eisenbahn bereits dahin ergangen sei, daß Portugal sechs Millionen Pfund Sterling zu zahlen habe, beruht, wie das „Deutscher Burean“ erfährt, in ihrem ganzen Umfang auf Erfindung. Der Schiedsrichter ist noch nicht bekannt. Der von dem Schiedsgericht nach Südafrika entsandte Sachverständige Nicol, welcher an Ort und Stelle Feststellungen über die Eisenbahn von der Delagoa-bai bis zum Lemboab-Gebirge machen sollte, ist noch nicht zurückgekehrt.

Nach einer Meldung des „Deutscher Burean“ aus Capetown-Magazins von, heute

die Lage in Gazaland dort als eine ernste angesehen. Ein Offizier und mehrere Soldaten seien getödtet; der General-Gouverneur Muzinho de Albuquerque werde mit Truppen aus Mozambique erwartet.

Siel, 7. April. Auf der Marinestation den Ostsee bereits mit dem Anfang d. d. Woche die durch den Etat für das Jahr 1897/98 bewilligte selbstständige Schiffsbesichtigungskommission errichtet, nachdem auf der Norddeutschen eine gleiche Kommission bereits seit dem Etatsjahre 1894/95 bestand. Zum Präses der neuen Schiffsbesichtigungskommission im Befehlsbereich der Division wurde der Kapitän z. S. z. D. Delhoff ernannt, der bis zu dem Auslaufen des Kreuzers II. Klasse „Kaiserin Augusta“ nach den freizeithlichen Geschäften Kommandant dieses Schiffes war. Die Zahl der Seccofiziere zur Disposition in altiven Dienststellen stellt sich nunmehr auf 1 Kontreadmiral, 9 Kapitän z. S. und 12 Korvettenkapitän z. S. in Summa 22 Offiziere. — Der dritte Ablösungstransport in diesem Frühjahr, bestimmt für die beiden Kreuzer IV. Klasse „Falke“ und „Bisard“ auf der australischen Station, wird nach einer Verfügung des Oberkommandos der Marine die Heimreise am 8. Mai verlassen, um von Bremerhaven aus mit dem fahrplanmäßigen Reichspostdampfer die Austreise nach Sydney anzutreten. Der Besatzungswechsel für die vorgenannten Kreuzer findet bis zum 17. Juli statt, an welchem Tage die zur Ablösung gelangten Mannschaften von dem australischen Hafen die Heimreise antreten, um in der zweiten Hälfte des Monats Oktober in Bremerhaven einzutreffen. — Das am 1. d. M. unter dem Befehl des Korvettenkapitän Goede auf der kaiserlichen Wert z. Danzig in Dienst gestellte Schulschiff „Nixe“ hat von Neufahrwasser aus die Ueberführungsreise nach Kiel angetreten, um dort die in den nächsten Tagen neu eintretenden Schiffsjungen an Bord zu nehmen. Zur Einschiffung in die Flotte werden gegen 200 Schiffsjungen gelangen.

Breslau, 7. April. Nachdem der Reichstagsabgeordnete Schönlanke am letzten Sonntag in einer Versammlung von Handwerkern und Arbeitern der Königl. Eisenbahnverwaltung den Beitritt zum Hamburger Eisenbahnverbande empfohlen hatte, verbietet heute die Verwaltung durch Anschlag in den Werkstätten den Beitritt bei Strafe sofortiger Entlassung.

Stettin, 8. April. Die kaiserliche Oberpostdirektion hier selbst theilt in einem Rundschreiben an die Bezirksanwaltschaften des Bezirkes Folgendes mit: Am 1. März ist bei dem Postamte in Mitkow ein mit „Bernhard Drechsler, Oberschweizer“ unterzeichnetes, an Drechsler in Ober-Bettendorf bei Polischappel gerichtetes Telegramm aufgefertigt worden, durch welches um sofortige telegraphische Uebernennung von 50 Mark „postlegend Weiswald“ erucht worden ist. Die Abwendung des Gelbbetrages ist in Folge der vom Telegramm-Empfänger beobachteten Vorsicht unterblieben. Das Telegramm ist von dem in Brinckhof bei Brandshagen beschäftigten Oberschweizer Bernhard Drechsler nicht abgesandt worden, sondern von einem Betrüger ausgegangen. Der Thäterschaft dringend verdächtig ist der am 1. März von dem Oberschweizer Drechsler in Brinckhof aus dem Dienst entlassene Unterschweizer Ignaz Glazinski, der inzwischen flüchtig geworden ist. Die Eltern des Glazinski sollen in Bromberg wohnen. Der Schwinder ist 24 Jahre alt, katholisch, groß und kräftig. Er trägt einen dunkeln Schnurrbart, war bei der Aufgabe des Telegramms in Mitkow mit einem schwarzen zweifarbigen Jaquet, dunkel, ein Beinleib und einem grünen Hut mit einer Feder bedeckt. Er ist verheirathet und hatte sich in Neu-Mitkow bei einem Tischlermeister eine Wohnung gemiethet, ist aber daselbst nicht zugezogen. Es wird erucht, auf den Betrüger zu fahnden und im Betretungsfalle sowohl der Ober-Postdirektion als auch der Polizeibehörde Mittheilung zu machen.

— Schon vor Jahren hatte der Kultusminister darauf hingewiesen, daß die Auswahlschulbücher einzuführenden Schulbücher allein nach dem pädagogischen Werthe derselben, ohne Rücksicht auf finanzielle Vortheile, der Verleger oder Verfasser aus ihrem Gewinne für wohlthätige Zwecke bestimmen, zu treffen ist. Neuerdings hat er, um unzulässigen Agitationen für die Verbreitung von Schulbüchern vorzubeugen, Veranlassung genommen, zu erklären, daß er fernachin kein Buch für den Unterrichtsgebrauch genehmigen werde, wenn Verfasser oder Verleger Leibern oder Leibern von Schulen zu Unträgen auf Einführung des Buches in ihren Schulen durch Gewährung finanzieller Vortheile an Lehrvereine oder an Stiftungen zu Gunsten von Lehrern oder deren Hinterbliebenen Anregung geben.

— In die Berufung von Rectoren und Lehrern an Volks- und mittleren Schulen und Kreis-Schulinspektoren, die wiederholt wegen der Gehaltsfrage nicht erfolgen konnte, zu erledigen, haben der Finanz- und Kultusminister bestimmt, daß bei einer solchen Berufung künftighin die Eingangirung in die Gehaltsklasse der Kreis-Schulinspektoren nach Maßgabe der in der früheren Stellung bezogenen vollen Besoldung erfolgen soll. Von der festgelegten vollen Besoldung ist ein Betrag in Abzug zu bringen, welcher dem Wohnungsgeldzuschusse für die städtischen Beamten unter Nr. IV. des Tarifs zum Gehebe vom 12. Mai 1873 für den Ort der bisherigen Beschäftigung gleichkommt. Deckt sich der so ermittelte Besoldungsbetrag nicht mit einem Gehaltsgrade der Besoldungsklasse der Kreis-Schulinspektoren, so tritt der Berufene in die nächsthöhere Gehaltsstufe ein. Der Ernannte hat auf der ihm bei der ersten Eingangirung zugebilligten Summe des Kreis-Schulinspektorengehalts drei Jahre zu verbleiben. War jedoch die Besoldung in der früheren Stellung noch Dienstalterszulagen geregelt und beträgt die Gehaltsverbesserung bei der Eingangirung in die Klasse der Kreis-Schulinspektoren weniger als

...werden von Italienern und Eng-
niedergerissen, um den Herd des Feuers
bränken. Ein italienisches Kriegsschiff
sofort griechen und türkischen. Die